

International

«Wir haben keine Schuldenkrise»

Die Banken, nicht die Staaten sind das Problem, sagt Sahra Wagenknecht von der Linkspartei. Deshalb unterstützt sie die Klage gegen den Eurorettungsschirm vor dem deutschen Verfassungsgericht.

Mit Sahra Wagenknecht sprach David Nauer in Berlin

Sie haben in Karlsruhe gegen den Eurorettungsschirm ESM geklagt. Wollen Sie nicht, dass Deutschland mit den klammen europäischen Partnern solidarisch ist?

Beim ESM geht es nicht um Solidarität mit Portugiesen, Spaniern oder Iren, es geht um Solidarität mit den Finanzkonzernen. Der ESM ist im Grunde eine grosse Bad Bank, die den Banken drohende Verluste aus Investments in Staatspapiere abnehmen soll. Da sind wir strikt dagegen. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler haften muss für private Anleger, die sich verzockt haben.

Es ist doch nicht Zockerei, wenn jemand einem Staat Kredite gibt.

Dort, wo diese Geschäfte mit hohen Zinsen verbunden sind, schon. Zinsen sind der Preis für Risiko. Also sollten sich die Banken nicht beschweren, wenn das Risiko, an dem sie vorher verdient haben, sich schliesslich gegen sie wendet.

Sollen die Staaten, die ihre Schulden nicht mehr schultern können, einfach Konkurs anmelden?

Im Kern haben wir keine Staatsschulden-, sondern eine Bankenkrise. Spanien und Irland haben nur deswegen ein Schuldenproblem, weil sie ihre Banken gerettet haben. Mindestens alle Staatsschulden, die auf die Bankenrettung zurückgehen, sollten gestrichen werden. Wenn man das machen würde, hätte die Eurozone wieder eine Schuldenquote von etwa 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das wäre tragbar.

Die Folge wäre, dass unzählige Banken pleitegehen würden. Die Staaten müssten erneut einspringen.

Nein, wir müssten nur die Bereiche stützen, die volkswirtschaftlich wichtig sind, und nicht das verrückte Investmentbanking. Der Finanzsektor ist doch heute viel zu gross. Seine eigentliche Aufgabe, Ersparnisse einzusammeln und sinnvolle Investitionen zu finanzieren, nimmt er kaum noch wahr. Stattdessen kreiert er abstruse Papiere, spekuliert mit Rohstoffen, Lebensmitteln oder auf Wechselkurse und richtet grossen volkswirtschaftlichen Schaden an.

Sie wünschen sich eine grosse Pleitewelle in der Finanzindustrie?

Wenn die Zockerabteilungen pleitegingen, wäre volkswirtschaftlich nichts verloren. Im Gegenteil, der Finanzsektor muss dringend schrumpfen, damit er seine Rolle als Diener der Realwirtschaft wieder wahrnimmt, statt sich als alles bestimmender Diktator aufzuspielen.

Wie sollen die Staaten sich denn künftig finanzieren?

Einerseits müssen die Regierungen unter Druck gesetzt werden, das Geld zunächst im eigenen Land zu holen. Auch in den südeuropäischen Ländern gibt es eine sehr reiche Oberschicht. Warum wird die nicht zur Kasse gebeten? Andererseits müssen die Staaten unabhängig werden von den Launen der Finanzmärkte. Wir fordern, dass die Europäische Zentralbank in einem bestimmten Rahmen den Staaten direkt Kredite gibt. Das hätte den grossen Vorteil, dass die Länder Kredite zu 0,75 Prozent bekommen statt zu 7 Prozent. Heute wachsen die Schulden ja schon durch den Zinsseffekt immer schneller.

Direkte Staatsfinanzierung über die Zentralbank weckt Inflationsängste, gerade in Deutschland.

Zu Unrecht. Inflation würde entstehen, wenn die Staaten grenzenlos Zugriff hätten auf die Kredite der Zentralbank. Das müsste man natürlich verhindern. Man könnte zum Beispiel verlangen, dass Staaten ihre Vermögenssteuer anheben müssen, wenn sie eine Verschuldung



«Staatsschulden, die auf die Bankenrettung zurückgehen, sollten gestrichen werden», sagt Sahra Wagenknecht. Foto: D. Butzmann (Laif)

von über 60 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen. Damit hätte man einen wirksamen Mechanismus eingebaut.

Im Prinzip deckt sich Ihre Forderung mit dem, was der Chef der Europäischen Zentralbank vergangene Woche angekündigt hat. Sind Sie zufrieden mit ihm?

Nein. Denn Mario Draghi gibt nicht den Staaten Geld, sondern wieder nur den Banken. Er will ja vorhandene Anleihen auf den Märkten kaufen. Natürlich geschieht das in der Hoffnung, dass die Banken das Geld dann den Staaten weitergeben. Das ist aber eine abstruse Konstruktion, weil immer nur ein Teil des Geldes tatsächlich an die Staaten geht. Vieles fliesst in die Spekulation.

Sahra Wagenknecht
Der Wandel der Kommunistin

Die studierte Philosophin sitzt für die Linkspartei im Deutschen Bundestag. Die 43-Jährige ist in der DDR aufgewachsen und hatte lange den Ruf, extreme linke Positionen zu vertreten. Zeitweise war sie eine der führenden Kräfte der Kommunistischen Plattform innerhalb der Linken. Inzwischen hat sich Wagenknecht gewandelt. Ihr jüngstes Buch «Freiheit statt Kapitalismus» hat auch in konservativen Kreisen Lob erhalten. Sahra Wagenknecht ist mit dem Linke-Gründer und ehemaligen SPD-Politiker Oskar Lafontaine (68) liiert. (dn)

Deshalb ist es kein Wunder, dass solche Ankündigungen von den Märkten immer mit Kurssprüngen gefeiert werden.

Sie galten früher als orthodoxe Kommunistin, heute veröffentlichen Sie sogar Beiträge in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» und werden von konservativen Politikern gelobt. Was ist passiert, haben Sie sich verändert - oder hat sich Deutschland gewandelt?

Der politische Diskurs in Deutschland hat sich stark verändert. Auch in Kreisen, die traditionell eher konservativ oder bürgerlich sind, gibt es viele, die sagen: «Das ist nicht die Gesellschaft, in der wir leben möchten.» Diese Leute sind in Sorge, weil sich die Politik immer mehr in Abhängigkeit von Banken bewegt, weil die Demokratie kaputt gemacht wird. Da gibt es Überschneidungen mit linken Positionen.

Haben auch Sie sich verändert?

Man entwickelt sich natürlich. Es wäre schlimm, wenn ich mit 40 noch exakt das Gleiche vertreten würde wie mit 20. Es gibt allerdings eine Überzeugung, die bei mir konstant ist: dass der Kapitalismus nicht alternativlos ist und überwunden werden sollte, weil die ständige Jagd nach Maximalrenditen den Interessen der Mehrheit zuwiderläuft.

Sie haben kürzlich gesagt, die Eurorettungspolitik der Kanzlerin

sei «den Bürgern schwer zu vermitteln». Aber Angela Merkel ist äusserst beliebt, während Ihre Linkspartei schwächt.

Wir Linken haben zwei Jahre hinter uns, in denen wir mit permanenten Streitereien und Personaldebatten öffentlich wahrgenommen wurden. So wurde viel Vertrauen verspielt. Seit dem Parteitag im Juni, auf dem wir eine neue Parteispitze gewählt haben, erleben wir aber eine deutliche Stabilisierung.

Gleichwohl: So schlecht kann die Politik von Frau Merkel nicht sein, wenn sie bei den Bürgern ankommt.

Frau Merkel vermittelt den Eindruck, sie halte das Geld zusammen. Das honorieren die Leute. Ich glaube aber, dass bald klar wird: Sie hat das Geld gar nicht zusammengehalten. Deutschland ist gigantische Haftungsrisiken eingegangen, und die werden immer grösser. Wenn etwa Griechenland pleitegeht, und das kann schon im Herbst passieren, kostet das Deutschland Milliarden. Dann wird den Leuten bewusster werden, wie Frau Merkels Politik wirklich aussieht.

Was glauben Sie, was verkündet das Bundesverfassungsgericht heute?

Da sollte man nicht spekulieren. Aber ich hoffe, dass die Richter zumindest in wichtigen Aspekten Änderungen vorschreiben werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie den ESM und den Fiskalpakt einfach durchwinken.

Karlsruhe

Das Gerichtsurteil, auf das die ganze Welt wartet

Heute entscheidet das deutsche Verfassungsgericht, ob der Eurorettungsschirm mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik vereinbar ist.

Wenn heute Morgen um zehn Uhr acht Richter in roten Roben vor die Öffentlichkeit treten, halten Politiker und Börsianer rund um den Globus den Atem an. Jetzt schon wird das Urteil, das dann verkündet wird, «historisch» genannt. Zwei Monate lang hat sich das Bundesverfassungsgericht mit der Frage beschäftigt, ob der Eurorettungsschirm (ESM) mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist. Auch der Fiskalpakt wurde juristisch geprüft. Er schreibt den europäischen Staaten eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor.

Dossier - Urteil zum Eurorettungsschirm
www.esm.tagesanzeiger.ch

Eigentlich ist der ESM vom Deutschen Bundestag schon verabschiedet worden. Über zwei Drittel der Abgeordneten stimmten dafür. Doch eine ungewöhnliche Koalition aus Linken, konservativen Eurokritikern und Demokratie-Aktivisten klagte gegen den Rettungsschirm. Sie argumentieren, mit dem ESM gebe Deutschland entscheidende Kompetenzen aus der Hand. Das Parlament verliere insbesondere die Budgethoheit. Der ESM-Vertrag sieht vor, dass die Bundesrepublik mit bis zu 190 Milliarden Euro für Kredite haftet, mit denen klamme Eurostaaten gestützt werden sollen.

Die Regierung von Angela Merkel hat sich zuletzt zuversichtlich gezeigt, dass Karlsruhe den Rettungsschirm genehmigt. Sie hält einen angemessenen Einbezug des Parlaments in ESM-Entscheidungen für gewährleistet. Tatsächlich muss der Bundestag jedes Mal konsultiert werden, wenn ein Land unter den Schutzschirm flüchtet.

Beobachter rechnen nicht damit, dass die Richter den ESM und den dazugehörigen Fiskalpakt gänzlich untersagen. Zu gross wären die wirtschaftlichen und politischen Folgen. Die Finanzmärkte würden das Vertrauen in die Eurozone komplett verlieren, Krisenstaaten wie Spanien oder Italien könnten sich kaum mehr refinanzieren. Es drohten Staatspleiten und ein Auseinanderbrechen der Eurozone. Wahrscheinlicher ist, dass das Gericht die Rettungsschirmmechanismen bewilligt, jedoch Auflagen erlässt. Es könnte etwa verlangen, dass die deutsche Haftungsgrenze von 190 Milliarden noch deutlicher in den Verträgen festgehalten wird. Denkbar ist auch, dass der ESM mit einer Kündigungsklausel ergänzt werden muss.

Störmanöver abgeblockt

Die Richter sind sich der grossen Verantwortung bewusst. Ein letztes Störmanöver von Eurorebell und CSU-Parlamentarier Peter Gauweiler haben sie gestern abgeblockt. Gauweiler hatte verlangt, den ESM-Entscheid zu verschieben. Denn mit dem letzte Woche bekannt gegebenen Anleihen-Aufkaufprogramm der Europäischen Zentralbank seien völlig neue Voraussetzungen geschaffen worden. Das Bundesverfassungsgericht wies das Ansinnen zurück. «Der auf den 12. September anberaumte Termin zur Verkündung der Entscheidung bleibt aufrechterhalten», teilte es nach kurzer Beratung mit.

David Nauer